

# paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Auflage Printausgabe: 2.000 Exemplare. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 480 G

15. April 2012

37. Jahrgang

## Bürger pfeifen NPD-Aufzug in Marienfelde aus!

Erst war ein NPD-Aufmarsch durch Neukölln geplant und dann wurde die Demonstration kurzfristig in Marienfelde angemeldet. Der Tagesspiegel berichtete, dass die Demonstration am 13. April unter dem Motto „Zeit zu handeln - kriminelle Ausländer raus“ von 18.30 Uhr bis Mitternacht angemeldet wurde. Angekündigt waren circa 100 Teilnehmer. Letztendlich liefen im NPD-Block ungefähr 40, meist schwarz gekleidete und teils fast vermummte Demonstranten, die von einem großen Polizeiaufgebot begleitet wurden. Insgesamt waren einige Hundert Polizisten im Einsatz. Die Berliner Zeitung sprach von ungefähr 200 Gegendemonstranten aller Altersgruppen. Es war deutlich zu sehen, dass auch viele „normale“ Bürger über den Aufzug empört waren und lautstark „Nazis raus“ riefen und die Lautsprecherdurchsagen der NPD mit Trillerpfeifen übertönten.



Foto: Gegendemonstranten

Zum Hintergrund führte das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg aus: „Die NPD-Neukölln plante als Gegenreaktion auf eine Solidaritätsdemonstration einen Aufmarsch in Neukölln. Dort wurde ein 22-jähriger Mann mit türkischem Migrationshintergrund ermordet, zwei Jugendliche wurden schwer verletzt. Das Motto der Neonazis „Zeit zu Handeln – Kriminelle Ausländer raus“ dient nun dazu, den Mordfall zu instrumentalisieren. Denn hier wird versucht, die rassistische Zuschreibung, alle Ausländer seien kriminell, zu treffen.“



In Marienfelde fand jedoch erst, circa eine Stunde vor dem tatsächlichen NPD-Aufzug, eine angemeldete Gegendemonstration vor dem so genannten ZAB, der Zentrale Aufnahmestelle Berlins, statt. Dort werden politische Flüchtlinge und Verfolgte aus aller Welt aufgenommen.



Die Gegendemonstration an dieser Stelle sollte ein Zeichen der demokratischen Kräfte im Bezirk Tempelhof-Schöneberg setzen.



Vor dem ZAB erschienen über 150 Demonstranten. Alle Parteien der BVV waren vertreten, viele Bezirksverordnete wurden gesichtet und vom Bezirksamt redete Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler** (SPD). Anwesend waren auch die Bezirksstadträtin **Dr. Sibyll Klotz** (Bündnis 90/Die Grünen) und die SPD-Bundestagsabgeordnete **Mechthild Rawert**.



Alle in der BVV vertretenden Parteien haben die Gegendkundgebung unterstützt und waren auch vertreten. Unter der Überschrift „Marienfelde gehört allen Menschen! Toleranz statt Rassismus und Unmenschlichkeit!“ sprachen sich die Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen, CDU

und Piraten sowie die Mitglieder von Die Linke in der Bezirksverordnetenversammlung für ein vielfältiges und tolerantes Tempelhof-Schöneberg aus: „Alle Menschen sollen in unserem Bezirk unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder Lebensweise frei und unbeschwert leben können.“



Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler**: „Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg steht für Welttoffenheit sowie Toleranz und positioniert sich klar gegen menschenverachtende und nationalistische Ideologien. Für rechtsextremes Gedankengut ist in unserem Bezirk kein Platz. Aufmärsche, wie der von der NPD am Freitagabend geplante, sind in Tempelhof-Schöneberg nicht erwünscht.“

Zu Gegendemonstrationen riefen das „Quartiersbüro W40 der AG SPAS e.V.“, die Bürgerinitiative "Rettet die Marienfelder Feldmark" und auch der Personalrat beim Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg auf. Bereits im Vorfeld wurden Unterschriften gegen die Demonstration gesammelt und besonders die Marienfelder zum Protest aufgerufen.

Die meisten Demonstranten reisten in einem BVG-Doppeldecker-Bus mit der Aufschrift: „Schulbus“ an und wurden beim Aussteigen von der Polizei untersucht. Der Demonstrationzug ging über die Hildburghäuser Straße, Tirschenreuther Ring, Lichterfelder Ring bis hin zur Waldsässener Straße.



In der Pressemitteilung der Polizei heißt es nach der Demonstration: „Nach etwa anderthalb Stunden erreichte der Aufzug die Kreuzung Nahmitzer Damm Ecke Marienfelder Allee, wo eine Abschlusskundgebung abgehalten wurde. Während des Aufzuges als auch bei der Abschlusskundgebung störten rund 300 Personen, die sich aus Teilnehmern der Gegenveranstaltungen sowie Anwohnern zusammensetzten, die Durchführung der Versammlung mit Sitzblockaden und verbalen Unmutsäußerungen. Im Laufe der Veranstaltung kam es zu zehn Freiheitsentziehungen, 173 Platzverweisen sowie 19 Identitätsfeststellungen. Die vorläufig Festgenommenen konnten nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen ihren Weg fort-

setzen und sehen nun Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, versuchter Gefangenenbefreiung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen entgegen.“



In der Berliner Zeitung hieß zum Polizeieinsatz: „Dabei ging die Polizei teilweise recht rabiat gegen die Bürger vor“. Dies kann in Teilen bestätigt werden. So wurden zumindest an einer Stelle die Bürger eine Zeit lang daran gehindert, den Aufzug am Straßenrand friedlich (aber lautstark) zu begleiten. Sicher waren auch einige aggressivere Gegendemonstranten dabei. Viele Bürgerinnen und Bürger nahmen jedoch nur ihr Recht wahr, ihren Unmut über den NPD-Aufzug in ihrer Nachbarschaft offen zu äußern. Eine Gegendemonstrantin äußerte deutlich: „Es ist nicht verständlich, warum die Polizei unser demokratisches Recht und unsere Bürgerpflicht beschränkt. Sie tun ja auch nur ihre Pflicht. Aber wir wollen doch auch nur laut in die Welt herausschreien: Wir wünschen keine NPD in Marienfelde und in der Nachbarschaft!“ **ToM**

**Quelle Text und Fotos: [www.lichtenrade-berlin.de](http://www.lichtenrade-berlin.de)**

**Lichtenrader Internetzeitung**